

Inhalte:

Aus den VÖB-Instituten	S. 1
Über den Rand geschaut	S. 4
Vom politischen Parkett	S. 4
Neues aus der EU	S. 4
Gut zu wissen	S. 5
Empfehlenswert	S. 8
Quellennachweise	S. 8
Impressum	S. 8

Aus den VÖB-Instituten

Als Reaktion auf mögliche Auswirkungen der Finanzkrise auf Thüringer Unternehmen werden die Förderprogramme der **Thüringer Aufbaubank** angepasst. Das kündigte die **Landesregierung Thüringen** Ende Oktober 2008 an.

Der Anwendungsbereich des Programms **GuW Plus** wird für einen begrenzten Zeitraum erweitert, um Unternehmensfinanzierungen zu sichern, die unmittelbar in Folge der Finanzmarktkrise gefährdet sind. Der Darlehenshöchstbetrag von derzeit 750.000 EUR werde auf zwei Millionen EUR aufgestockt und das Programm auch für Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern zugänglich gemacht.

Bei Vorhaben der **Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“** (GA), deren Durchfinanzierung wegen der Finanzmarktkrise gefährdet ist, wird neben einem bereits beantragten GA-Zuschuss zudem die Übernahme einer **GA-Bürgschaft** ermöglicht, auch wenn mit dem Vorhaben nach Antragstellung bereits begonnen wurde.

Darüber hinaus sollen die **Bürgschaftsprogramme** des Freistaates Thüringen – auch in Kombination mit anderen Förderprogrammen – stärker genutzt werden. Sie ermöglichen Vorhaben oder Finanzierungen, die von den Hausbanken auf Grund Ihrer Eigenkapitalsituation vorü-

bergehend nicht mehr begleitet werden können.

Die **L-Bank** stellt mit dem **Liquiditätsprogramm L-Mittelstand** eine Milliarde EUR zusätzliche Mittel für die Unternehmen im Land bereit, um die Auswirkungen der Krise an den Finanzmärkten auf die mittelständische Wirtschaft gering zu halten.

Das Programm richtet sich an Unternehmen mit einem Jahresumsatz von maximal 500 Millionen EUR. Über die gesamte Laufzeit von fünf Jahren wird der Zins festgeschrieben, bis zu ein tilgungsfreies Jahr ist möglich. Der Zins ist nicht verbilligt. Das Angebot gilt für alle betrieblichen Zwecke.

Im Unterschied zu den anderen Förderprogrammen sind mit L-Mittelstand Umschuldungen möglich. Auch Erweiterungen, Rationalisierungen, Modernisierungen oder die Umstellung von Produktionsverfahren oder Darlehen zum Erwerb von Unternehmen werden finanziert. Nicht berücksichtigt werden Sanierungsfälle.

Seit Anfang September 2008 können Existenzgründer in Sachsen-Anhalt bei der **Investitionsbank Sachsen-Anhalt ego.-PLUS**, ein Programm der Initiative ego.-INNOVATIV, beantragen. Dahinter verbirgt sich ein **zinsgünstiges Darlehen mit mezzaninem Charakter für wissens- und technologiebasierte Unternehmensgründungen**, die nicht länger als zwei Jahre zurückliegen. Das Darlehen der Investitionsbank Sachsen-Anhalt kann mit einem Zuschuss aus dem Programm ego.-START kombiniert werden.

Finanziert werden Ausgaben für die Markteinführung eines Produktes, Verfahrens oder einer Dienstleistung, insbe-

MittelstandsNews 3/2008

sondere für Investitionen, Markterschließung und sonstige Betriebsausgaben.

Die Darlehenssumme kann zwischen 25.000 EUR und 500.000 EUR betragen. Die Laufzeit beträgt maximal 10 Jahre, die Zinsbindungsfrist entspricht der Darlehenslaufzeit. Es werden fünf tilgungsfreie Jahre gewährt, zwei Jahre sind zinsfrei.

Die Mittel werden im Auftrag des Landes Sachsen-Anhalt ausgereicht und aus dem SEED-Darlehensfonds unter Einbindung von Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) gespeist.

Seit Ende Juli 2008 bietet die **LfA Förderbank Bayern** das „**Mittelstandskapital**“ an. Damit sollen kleine und mittlere Unternehmen in Bayern (keine freiberuflich Tätigen) mit Ausnahme des Großraum Münchens, die nur über geringes Eigenkapital verfügen, eine Kapitalspritze für ihre Innovationsvorhaben erhalten. Finanziert werden insbesondere Verfahrens- oder Prozessinvestitionen, wie etwa Maschinen mit neuer Technologie, die Einführung umweltschonender Produktionsverfahren oder Patente. Bis 2015 stehen den Unternehmen unter Einbindung von EU-Mitteln (EFRE) rund 100 Millionen EUR zur Verfügung.

Das Förderdarlehen hat Mezzanine-Charakter und bündelt die Vorteile von Fremd- und Eigenkapital. Im Insolvenzfall tritt die Darlehensforderung im Rang hinter Forderungen anderer Kreditgeber zurück (Nachrangdarlehen). Es handelt sich somit um eine eigenkapitalnahe Finanzierungsmöglichkeit, die i. d. R. bei Bonitätsbeurteilungen als wirtschaftliches Eigenkapital berücksichtigt werden kann.

Die Unternehmen müssen keine Sicherheiten stellen. Das Ausfallrisiko übernimmt die LfA zu zwei Drittel und die Hausbank zu einem Drittel.

Beantragt wird das Mittelstandskapital über die Hausbank bei der LfA.

- Darlehensmindestbetrag	- 25.000 EUR
- Darlehenshöchstbetrag	- 200.000 EUR
- Finanzierungsanteil	- bis zu 75 %
- Laufzeittypen	- wahlweise 8, 10 bzw. 12 Jahre
- tilgungsfreie Jahre	- 5, 6 bzw. 7 Jahre
- Zinsbindung	- über die gesamte Laufzeit

Die Träger des im Jahr 2004 gestarteten mittelständischen Programms „**Eigenkapital für den breiten Mittelstand**“ (EKBM) **BayBG Bayerische Beteiligungsgesellschaft, KfW Mittelstandsbank, LfA Förderbank Bayern und Bayerische Garantiegesellschaft (BGG)**, stellen weitere 50 Millionen EUR Beteiligungskapital zur Verfügung. EKBM bietet mittelständischen Unternehmen zusätzliches Eigenkapital im Umfang von einer Million EUR bis zu fünf Millionen EUR und leistet damit einen weiteren Beitrag, um die vorhandene Eigenkapitallücke des Mittelstands zu schließen. Die Beteiligung kann in Form einer stillen und/oder offenen Beteiligung erfolgen.

Zielgruppe von EKBM II sind solide bayrische Mittelstandsunternehmen mit Wachstumspotenzial. Die Beteiligung kann zur Finanzierung zusätzlicher Wachstumsmaßnahmen, zur Optimierung der Kapitalstruktur oder zur Regelung der Nachfolge eingesetzt werden.

In der Vergangenheit hatten 23 Unternehmen aus allen Regionen Bayerns eine Beteiligung aus EKBM I erhalten. Damit liege die durchschnittliche Beteiligungshöhe bei knapp 2,2 Millionen EUR.

Die **Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) GmbH** hat ein neues För-

MittelstandsNews 3/2008

derinstrument zur Unterstützung innovativer technologieorientierter Unternehmen entwickelt. Mit dem „**Innovationsfonds Rheinland-Pfalz**“ wird seit September 2008 die Eigenkapitalbasis junger Unternehmen gestärkt.

Im Innovationsfonds sollen 20 Millionen EUR öffentliche Mittel, davon 50 Prozent EU-Mittel, durch private Mittel ergänzt werden.

Zielgruppe seien innovative und technologieorientierte Gründerinnen und Gründer oder junge kleine Unternehmen in ihrer Startphase.

Die **Landesbank Baden-Württemberg (LBBW)** beteiligt sich als neue Gesellschafterin am internationalen Netzwerk der Sparkassen-Finanzgruppe, der **S-CountryDesk GmbH**. Die Netzwerkpartner stellen ihre Kontakte sowie ausgewählte Niederlassungen und Beteiligungen im Ausland als Finanzierungspartner und Anlaufstellen zur Verfügung, soweit diese auf die speziellen Anforderungen mittelständischer Firmen eingerichtet sind. Ansprechpartner für das Unternehmen bleibt dabei immer die regionale Sparkasse, die die Netzwerkpartner der S-CountryDesk GmbH kundenspezifisch einbindet.

Die LBBW bringt schwerpunktmäßig ihre Marktpräsenz in Asien und ihre Angebote zur lokalen Betreuung von mittelständischen Kunden in den Zielmärkten Mexiko, Indonesien, Südkorea und Vietnam ein. Das bestehende S-CountryDesk-Netzwerk wird um die LBBW-Niederlassung in Seoul sowie die LBBW-Repräsentanzen in Jakarta, Hanoi und Mexiko-Stadt ergänzt. In Mexiko-Stadt können zusätzlich das German Centre und die Finanzierungsgesellschaft LBBW México Sofom genutzt werden.

Die **WestLB** erweitert mit **FACTORINGproM** ihr Angebot für mittelständische Unternehmen. Den Verbundpartnern (Sparkassen in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg) werden alle marktüblichen Factoringvarianten für Unternehmen ab einem Umsatz von 500.000 EUR offeriert.

Zur Versorgung des Mittelstands mit Liquidität und Kapital bietet die WestLB folgende vier ProM-Produkte an:

1. FACTORINGproM

Liquidität durch den Verkauf von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Übernahme des Risikos von Zahlungsausfällen, Angebot von Factoring-Dienstleistungsfunktionen

2. ABSproM

kapitalmarktorientierte Working Capital-Finanzierung ab einem Forderungsvolumen von 10 Mio. EUR

MEZZANINEproM

Mischform von Eigen- und Fremdkapital für Unternehmen mit einem Jahresumsatz ab 10 Mio. EUR

3. SCHULDSCHEINproM

Finanzierungsbedarf zwischen 1 Mio. EUR und 10 Mio EUR, Laufzeit bis zu 5 Jahre für Unternehmen mit einem Umsatz ab 20 Mio. EUR

Die **Landesbank Baden-Württemberg (LBBW)** hat die **Übernahme der tschechischen BAWAG Bank CZ** erfolgreich abgeschlossen. Mit ihrem Tochterunternehmen LBBW Bank CZ erfolgt zukünftig der Marktantritt in Tschechien.

Als Universalbank betreut die LBBW Bank CZ in Zukunft schwerpunktmäßig tschechische, deutsche und andere internationale große und mittelständische Unternehmenskunden in Tschechien und grenznahen Regionen Sachsens sowie gehobene Privatkunden.

Über den Rand geschaut

Die **Deutsche Bank** baut ihre Angebotspalette im bargeldlosen Zahlungsverkehr weiter aus. Seit September 2008 bietet die Bank ihren Firmenkunden europaweit auch die **Akzeptanz und Abwicklung von Kredit- und Debitkartentransaktionen** (sog. „Merchant Acquiring“) an. Hierfür wurde die Deutsche Card Services GmbH mit Sitz in Frankfurt gegründet. Dadurch werde die zunehmend wachsende Nachfrage nach pan-europäischen Zahlungsverkehrslösungen im Kartenbereich befriedigt.

Anfang Oktober 2008 ist in Thüringen das **„MBG-Beteiligungsprogramm der Volks- und Raiffeisenbanken“** gestartet. Grundlage dafür ist eine Kooperationsvereinbarung zwischen der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH (MBG Thüringen), dem Genossenschaftsverband Frankfurt und der DZ Bank AG.

Die Thüringer Genossenschaftsbanken können nun ihren mittelständischen Geschäfts- und Firmenkunden eine individuelle Beteiligungsmöglichkeit bis zu einer Million EUR anbieten. Dabei tragen sie einen Teil des Ausfallrisikos der Beteiligung.

Das Angebot steht etablierten mittelständischen Unternehmen, Existenzgründern und Unternehmensnachfolgern aller Wirtschaftszweige der gewerblichen Wirtschaft offen. Die Kunden können die Beteiligungen zum Beispiel für Investitionen, die Aufstockung ihrer Vorräte oder Markterschließungskosten nutzen. Auch die Mitfinanzierung von Gesellschafterwechseln, wie im Rahmen einer Unternehmensnachfolge, ist möglich.

Vom politischen Parkett

Das **Bundeskabinett** hat im August 2008 das **Nationale Reformprogramm (NRP)**

Deutschland „Auf den Erfolgen aufbauen – die Reformen für mehr Wachstum und Beschäftigung fortsetzen“ für den Zeitraum 2008-2010 beschlossen. In diesem Programm informieren die Mitgliedstaaten der Europäischen Union über ihre nationalen Beiträge zur Erreichung der Lissabon-Ziele für Wachstum und Beschäftigung.

Das NRP 2008-2010 setzt sechs Reformschwerpunkte in den Bereichen Wissensgesellschaft und Innovation, Marktöffnung und Wettbewerb, Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeit, öffentliche Finanzen, Energie und Klimawandel sowie Arbeitsmarkt und demografischer Wandel.

Weitere Informationen unter: <http://www.bmwi.de/Dateien/BMWi/PDF/nationales-reformprogramm-2008-2010,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>

Seit dem 30. Oktober 2008 können sich Mittelständler, die von den Folgen der Banken- und Finanzkrise betroffen sind, über die kostenpflichtige **Telefon-Hotline 0180 5 615007** an Finanzierungsexperten des **Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie** wenden.

Die Hotline ist Montag bis Donnerstag von 8:00 Uhr bis 20:00 Uhr und Freitag von 8:00 bis 12:00 Uhr besetzt.

Neues aus der EU

Die **Europäische Kommission** und die **EIB-Gruppe** haben im September 2008 die Initiative **JASMINE** (Joint Action to Support Microfinance Institutions in Europe) gestartet. Diese war von der EU Kommission bereits im November 2007 in der Mitteilung über die Förderung von Kleinstkrediten in Europa für Wachstum und Beschäftigung angekündigt worden. JASMINE ergänzt die 2006 gemeinsam

von der Europäischen Kommission und der EIB ins Leben gerufene Initiative JEREMIE, in deren Rahmen die Mitgliedstaaten und die Regionen der EU die Möglichkeit erhalten, einen Teil ihrer Strukturfondsmittel in Finanzierungsprodukte umzuwandeln, die speziell für die KMU konzipiert sind.

Ein Ziel von JASMINE ist es, den Kleinstkreditinstituten technische Unterstützung zur Verfügung zu stellen. Damit soll ihre Rolle als glaubwürdige Finanzierungsvermittler gestärkt und die Kapitalbeschaffung erleichtert werden. Zweites Element der Initiative ist die Maßnahmenfinanzierung für die Institute aus dem Nichtbankensektor mit den besten Zukunftsaussichten.

Die Initiative zeichnet sich durch die Partnerschaft mehrerer EU-Institutionen (Kommission, EIB, Parlament), öffentlicher und privater Banken, des EUROFI-Netzwerks (Reflektionsgruppe für europäische Finanz- und Bankdienstleistungen) sowie anderen Gebergruppen aus. Das Projekt wird Anfang 2009 mit einer wahrscheinlich dreijährigen Pilotphase eingeleitet.

Das Startkapital für das gesamte Projekt liegt bei rund 50 Millionen EUR. Die Beteiligung der EU-Kommission und des Europäischen Investitionsfonds an der Durchführung der Initiative wird unter Nutzung der im Rahmen der Kohäsionspolitik verfügbaren Ressourcen sowie der von der EIB-Gruppe und von anderen Finanzierungspartnern bereitgestellten Mittel erfolgen.

Weitere Informationen finden Sie unter: http://ec.europa.eu/regional_policy/funds/2007/jjj/micro_en.html

Die **Europäische Investitionsbank-Gruppe (EIB)** wird im Zeitraum 2008-2009 15 Milliarden EUR über zwischengeschaltete Geschäftsbanken das seit Oktober existierende neue Darlehensprodukt „**EIB-**

Darlehen für KMU“ bereitstellen. Insgesamt sind bis 2011 30 Milliarden EUR eingeplant.

Die EIB-Darlehen richten sich an unabhängige KMU mit weniger als 250 Beschäftigten. Sie dienen der Finanzierung von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten sowie Betriebskapital. Es kommen alle Arten von Investitionen oder Ausgaben in Betracht, die im weiten Sinne der Entwicklung eines kleinen Unternehmens dienen und das in praktisch allen Wirtschaftsbereichen.

Die Gesamtinvestitionskosten dürfen 25 Millionen EUR nicht überschreiten. Der Finanzierungsbeitrag der EIB ist auf höchstens 12,5 Millionen EUR pro Darlehen begrenzt. Es werden Darlehen mit Laufzeiten zwischen zwei und zwölf Jahren refinanziert. Die tatsächliche Laufzeit eines Darlehens hängt von der wirtschaftlichen Nutzungsdauer des finanzierten Projekts ab.

Die zwischengeschalteten Geschäftsbanken sind für die Prüfung der eingereichten Darlehensanträge zuständig. Sie müssen die KMU konkret und individuell – z. B. in einem entsprechenden Schreiben – über die Beteiligung der EIB und deren Auswirkung auf die Konditionen des erhaltenen Darlehens informieren.

Die EIB beabsichtigt, den zwischengeschalteten Banken bis Ende des Jahres noch weitere Produkte anzubieten, bei denen sie einen Teil des Risikos übernimmt. Sie möchte die Marktsegmente stärker stimulieren, in denen sich die Geschäftsbanken nur ungern engagieren (KMU, deren Risikoprofil als zu hoch eingestuft oder deren Garantien als unzureichend erachtet werden).

Gut zu wissen

Die **EU-Kommission** hat im September 2008 einen praktischen **Leitfaden für Fördermöglichkeiten der EU im Bereich Forschung und Innovation** veröffentlicht.

Dieser soll allen Beteiligten helfen, sich bei der Vielfalt der EU-Fördermöglichkeiten zurechtzufinden. Der Leitfaden liefert nutzerfreundliche Informationen über die Kombination der verschiedenen Finanzierungsquellen: 7. Forschungsrahmenprogramm, Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation sowie Strukturfonds und Kohäsionsfonds. Er enthält eine Beschreibung jedes Fonds bzw. jedes Programms, Ratschläge für die politischen Entscheidungsträger sowie eine innovative Checkliste und eine Bewertungsliste (Scoreboard).

Der praktische Leitfaden soll dazu beitragen, dass die Mitgliedstaaten und Regionen die verfügbaren Förderinstrumente wirksamer nutzen.

Den Leitfaden finden Sie – nur in englischer Sprache – unter: http://cordis.europa.eu/EU-funding-guide/home_en.html.

Das **Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)** hat im Oktober die Ergebnisse seiner im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie durchgeführten **Studie über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung von Familienunternehmen** vorgelegt. Danach sind 93 Prozent aller Unternehmen in Deutschland eigentümergeführte Familienunternehmen. Sie beschäftigen rund 57 Prozent aller Arbeitnehmer und erzielen fast die Hälfte des Umsatzes aller Unternehmen.

Nachfolgend einige Grundaussagen der Studie bezüglich der Finanzierung und Finanzierungsprobleme von Familienunternehmen:

- Familienunternehmen sind aufgrund geringer angesetzter Mindesteigenkapitalrenditen in der Lage, längerfristige Strategien zu verfolgen und sich damit von Mitbewerbern abzugrenzen.
- Die Eigenkapitalausstattung der größeren Familienunternehmen mit mehr als 100 Beschäftig-

ten weicht von der anderer, vergleichbarer Unternehmen deutlich nach oben ab. Bei den ganz kleinen Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten zeigen sich keine signifikanten Unterschiede, die etwas größeren mit 50 bis 99 Beschäftigten weisen etwas geringere Eigenkapitalquoten als vergleichbare Nicht-Familienunternehmen auf.

- Traditionelle Finanzierungsquellen wie der Bankkredit haben für Familienunternehmen tendenziell eine größere Bedeutung als für Nicht-Familienunternehmen.
- Zusätzliche zur Verfügung stehendes Kapital wird von Familienunternehmen investiv oder zur Verbesserung der Finanzierungsbasis genutzt, eine kurzfristige Ausschüttungsorientierung tritt dagegen in den Hintergrund.
- Das Merkmal „Familienunternehmen“ spielt weder in der Förderung noch in der Kreditvergabe eine explizite oder implizite Rolle.
- Finanzierungsprobleme stellen sich vor allem für kleine Unternehmen, aber weitgehend unabhängig davon, ob es sich um Familienunternehmen handelt oder nicht.
- Ein Grundproblem der Förderlandschaft ist ihre Komplexität: Hier ist nach Ansicht der befragten Praktiker aus Banken und Förderbanken eine weitere Vereinfachung zwar wünschenswert, aber politisch vermutlich nur schwer durchsetzbar.

Die Kurzfassung der Studie steht im Internet als Download zur Verfügung: <ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/FamilienunternehmenZEWBMWIKurzfassung.pdf>

Ende Oktober 2008 wurde das **KfW/ZEW-Gründungspanel** vorgestellt. Mit diesem Instrument könne man zukünftig die Entwicklung neu gegründeter Unternehmen über mehrere Jahre verfolgen und ein breites Spektrum unternehmens- und personenspezifischer Informationen bereitstellen.

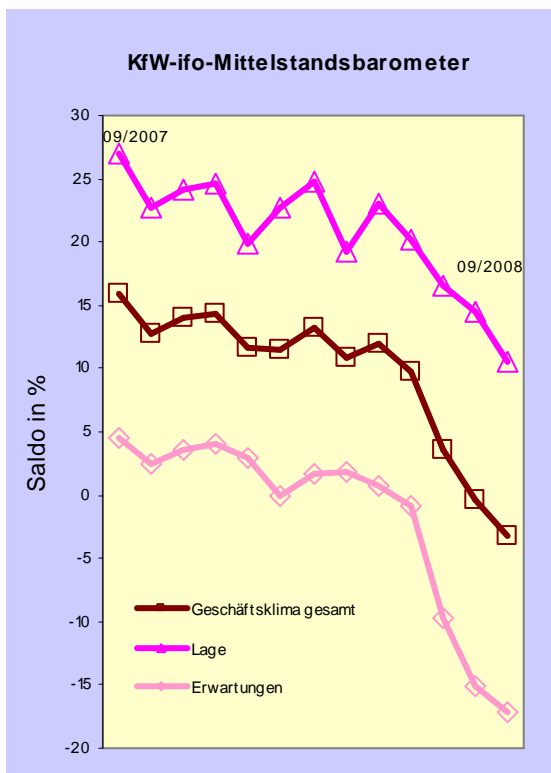
Die vorgestellten Ergebnisse beruhen auf einer Erhebung, die in der Zeit von Mai bis August 2008 bei Unternehmensgründungen aus den Jahren 2005-2007 durchgeführt wurde. Befragt wurden die so genannten „wirtschaftsaktiven Unternehmensgründungen“, das sind neue im Handelsregister eingetragene Unternehmen, die für die Gründung auf Fremdkapital, Handelskredite oder Ähnliches zurückgegriffen haben oder auf sonstige Weise aktiv in den Wirtschaftsprozess eingebunden sind.

1. Junge Unternehmen erwirtschaften im Gründungsjahr durchschnittlich Umsätze von 148.000 EUR (Median 40.000 EUR).
2. Zum Gründungszeitpunkt schaffen Unternehmen in Deutschland 2,4 Vollzeitarbeitsplätze. Unternehmensgründungen, die mit innovativen und technisch neuen Produkten und Dienstleistungen in den Markt eintreten, schaffen – pro Unternehmen – in den ersten Geschäftsjahren mehr Arbeitsplätze als andere Gründungen.
3. 18 % der zum Gründungszeitpunkt in den Unternehmen insgesamt beschäftigten Personen sind geringfügig Beschäftigte, 10 % sind freie Mitarbeiter.
4. Vorrangiges Gründungsmotiv ist für die meisten Gründer (43 %) die Möglichkeit, selbstbestimmt arbeiten zu können. Der Anteil der Gründer, die entweder der Arbeitslosigkeit entkommen wollen oder keine abhängige Beschäftigung finden können, beträgt 23 %.
5. Im High-Tech-Bereich werden die Hälfte und bei den wissensintensiven Dienstleistungen sogar zwei Drittel der neuen Unternehmen unter Beteiligung von Akademikern gegründet.
6. 95 % aller 2007 gegründeten Unternehmen benötigen finanzielle Ressourcen für die Aufnahme des Geschäftsbetriebs. 24 % der Gründungen mit Finanzierungsbedarf für Investitionen kommen mit weniger als 5.000 EUR aus, über ein Drittel

- (38 % der investierenden Unternehmen) finanziert deutlich mehr als 25.000 EUR. Den höchsten Mittelbedarf weisen dabei Gründungen im Verarbeitenden Gewerbe auf.
7. Nur rund 35 % der Gründer mit Finanzierungsbedarf setzen externe Finanzierungsmittel ein, im Durchschnitt rund 32.000 EUR (Median: 12.000 EUR).
 8. 18 % aller Gründungen erhalten Unterstützung von der Bundesagentur für Arbeit.
 9. 68 % aller Gründungen können bereits im Gründungsjahr auf Erträge aus der laufenden Geschäftstätigkeit zur Deckung ihres Finanzierungsbedarfs zurückgreifen.
 10. 45 % des gesamten Finanzierungsvolumens aus externen Quellen sind längerfristige Darlehen von Banken und Sparkassen.
 11. Nur 1,5 % aller nicht-technologieintensiven Gründungen und 3 % aller High-Tech-Gründungen nutzen Beteiligungskapital. Allerdings beträgt der Volumenanteil des gesamten externen Finanzierungsbedarfs von High-Tech-Gründungen 19 %, im Nicht-Technologiebereich: 5 %.

Der **Bundesverband Deutscher Inkasso-Unternehmen** rechnet aufgrund der Finanzmarktkrise mit einem Anstieg der Unternehmensinsolvenzen im kommenden Jahr. Prognostiziert werden rund 35.000 Insolvenzen und damit 5.000 mehr als 2008. Betroffen seien vor allem die Dienstleistungsbranche, das Handwerk und der Bau.

Es komme für die Unternehmen jetzt darauf an, ihre Liquidität zu sichern. Dazu gehöre eine angemessene Ausstattung mit Eigenkapital und ein schnelles Mahnen offener Beträge.



Quelle: KfW-Bankengruppe

Empfehlenswert

„Absatz- und Personalpolitik mittelständischer Unternehmen im Zeichen des demografischen Wandels - Herausforderungen und Reaktionen“, Rosemarie Kay, Peter Kranzusch und Olga Suprinovič, IfM-Materialien Nr. 183, Bonn, September 2008, Institut für Mittelstandsforschung

Im Internet unter: <http://www.ifm-bonn.de/assets/documents/IfM-Materialien-183.pdf>

Quellennachweise

www.ib-lsa.de, www.l-bank.de, www.lfa.de,
www.lbbw.de, www.WestLBproM.de,
www.kfw.de, www.zew.de, www.bmwi.de,
www.creditreform.de, www.isb.rlp.de,
www.cordis.europa.eu, www.deutschebank.de, www.aufbaubank.de

Sie wollen diesen Newsletter abonnieren?

Dann schreiben Sie bitte eine E-Mail an: beate.siewert@voeb.de. Geben Sie einfach den Betreff „MittelstandsNews“ an. Hinweise und Anregungen nehmen wir gern entgegen.

Weitere Newsletter des VÖB

- Finanzmarktnews
- News Zahlungsverkehr
- VÖB-Zins-Prognose-Spektrum
- VÖB-Aktienmarkt-Prognose

Interessiert? Dann schreiben Sie uns bitte eine E-Mail an postmaster@voeb.de. oder registrieren Sie sich unter www.voeb.de Abo-Service.

Impressum:

Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB
 Lennéstr. 11, 10785 Berlin
 Telefon : (030) 81 92-0, Fax : (030) 81 92 2-22
 E-Mail : postmaster@voeb.de, Internet; www.voeb.de

Ansprechpartner: Beate Siewert
 Redaktionsschluss: 31. Oktober 2008

